

**Tagesordnung I Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 08.07.2004**

Vorlage Nr. 04-F-06-0012

***Gewährung von Heimatrecht statt Abschiebung  
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 28.06.2004***

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,  
welche Möglichkeiten (insbesondere im Hinblick auf die neuen rechtlichen Bedingungen) er sieht,  
Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die bereits ein Jahrzehnt oder länger in der  
Bundesrepublik Deutschland leben, eine dauerhaft gesicherte Aufenthaltsmöglichkeit zu  
gewähren.

Können Situationen wie die eines hier geborenen zwölfjährigen Jungen\* und der in der  
Stadtverordnetenversammlung bereits erwähnten Familien Mogos, Brisevac, Lazaru, Stoica u.a.  
vermieden werden?

Kann diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern – statt ihnen Abschiebung anzudrohen und gegen sie  
durchzuführen – eine Lebensperspektive in der hessischen Landeshauptstadt zugestanden  
werden?

\* Quelle: Frankfurter Rundschau vom 16. Juni 2004

---

**Beschluss Nr. 0452**

Der Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 28.06.2004 betr.

Gewährung von Heimatrecht statt Abschiebung

wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und  
Integration überwiesen.

1. Herrn Vorsitzenden  
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 07.2004

2. Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, .07.2004  
In Vertretung des Oberbürgermeisters

Dezernat VII  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Stadtkämmerer